

Beschluss des Beirats Östliche Vorstadt

vom 13. April 2021

zur

Weiterentwicklung der Recyclingstationen – Keine Reduzierung des Angebotes der Recyclingstation Findorff am Utbremer Ring

Im November 2020 wurde bekannt gegeben, dass die Bremer Stadtreinigung (DBS) plant, ihre insgesamt fünfzehn Recyclingstationen in Bremen neu aufzustellen. Der Entwicklungsplan sieht vor, dass die großen Stationen modernisiert werden sollen, während für sieben „kleinere“ Stationen eine Reduktion auf „Grünschnitt“ geplant ist. Diese Stationen sollen dann nur neun Monate im Jahr mit reduzierten Öffnungszeiten geöffnet sein und im November, Dezember und Januar geschlossen bleiben.

Für die Bewohner*innen des östlichen Teils des Beiratsgebietes Östliche Vorstadt stellt die Station an der Bennigsenstraße die nächstgelegene Anlaufstelle dar, deren Angebot als einer der großen Standorte sogar noch ausgebaut werden soll. Der Weg dorthin ist jedoch für viele Bewohner*innen des westlichen Teils des Beiratsgebietes Mitte, namentlich der Bahnhofsvorstadt, vielfach zu weit oder zu umständlich. Die nächstgelegene Annahme-Möglichkeit für diese Menschen ist die Recycling-Station am Utbremer Ring in Findorff, die gegenwärtig zwar ein relativ umfassendes Angebot bereithält und sehr gut frequentiert wird, die aber zu jenen Stationen gehört, deren Öffnungszeiten und Annahme-Umfang deutlich eingeschränkt werden sollen. Dies stellt eine Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerung dar und kann weitreichende Auswirkungen, bis hin zu unnötigen KFZ-Verkehren oder wilder Abfallentsorgung, nach sich ziehen.

Der vorgestellte Entwicklungsplan berücksichtigt die Bedürfnisse der Bremer Bevölkerung und deren Lebensrealität nicht in ausreichendem Maße. Eine wohnortnahe Entsorgung der Abfälle in den einzelnen Stadtteilen hat, auch vor dem Hintergrund einer CO₂-armen Anfahrt, oberste Priorität.

Beschluss:

Der Beirat Östliche Vorstadt solidarisiert sich mit den Beiräten Mitte und Findorff und spricht sich gegen die Veränderung des Angebots der Recycling-Station Findorff aus. Er fordert, dass ein zu erstellendes Zukunftskonzept für die Bremer Recyclingstationen folgende Grundsätze befolgt:

1. Die Öffnungszeiten der Recyclingstationen müssen einer Berufstätigkeit der Nutzer*innen Rechnung tragen. Die Schließung der Stationen über Monate lehnen wir kategorisch ab. Wir setzen uns für eine ganzjährige Öffnung der Recyclingstationen ein. Die täglichen Öffnungszeiten sollen auch künftig mindestens dem Standard der derzeitigen Öffnungszeiten entsprechen. Besonders der Samstag muss bürgerfreundlicher und lebensnah gestaltet werden.

2. Es muss ein flächendeckendes Angebot für ganz Bremen geschaffen werden, welches eine wortortnahe Abgabe der Abfälle und gleichzeitig Ausgewogenheit zwischen den Stationen gewährleistet. Hochmoderne Anlagen dürfen nicht zu Lasten von Anlagen mit kleinerem Angebot geplant werden. Auch kleinere Stationen müssen die Entsorgungsbedarfe im Stadtteil abdecken. Das Netzwerk an Stationen muss sich an den bestehenden Anlagen orientieren und hieraus Bedarfe ableiten. Es ist zu prüfen, ob nach einem Jahr ein Monitoring der abgegebenen Müllmengen sinnvoll ist, um künftigen Bedarfen Rechnung zu tragen. Es ist jedoch in jedem Fall zu berücksichtigen, dass das Modernisierungskonzept durch ein ausgereiftes Verkehrskonzept flankiert wird, um Verkehrsüberlastungen zu verhindern. Es besteht die berechtigte Sorge, dass sich bei dem derzeit vorgesehenen Konzept die Verkehrssituation im Umkreis der „großen Stationen“ weiter zuspitzt.

3. Ein Entwicklungsplan für die Bremer Recyclingstationen muss weiterhin mit Maßnahmen aus der Arbeitsmarktpolitik sinnvoll flankiert werden. Die Arbeit auf den Recyclingstationen lässt sich sehr sinnvoll mit den Instrumenten der Beschäftigungsförderung ergänzen. Daher sind arbeitsmarktpolitische Programme, nach dem Beispiel der Umweltwächter, in das Zukunftskonzept zu integrieren, um in den Stadtteilen Programme zu verstetigen und auszuweiten. Auf diese Weise kann der Diskussion um verlängerte Öffnungszeiten aus einer rein wirtschaftlichen Perspektive begegnet werden. Auch darf es keine wirtschaftlichen Nachteile für die GRI (Gröpelinger Recycling Initiative) durch eine Modernisierung und Änderung der Öffnungszeiten der Recyclingstationen geben.

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.